

**(Abgeordneter Blüher.)**

(A) Redner, die noch vorgemerkt sind, nicht weiter darauf eingehen.

Wer ist der Mittelstand? Sind es nicht Leute von Ihrem Fleisch und Blut? Sind sie nicht aus Ihren Reihen hervorgegangen? Sind es nicht ehemalige Arbeiter oder Angestellte? Es sind gerade die Arbeiter, die ihr Fach verstehen, die etwas gelernt haben, die Akkuratheit, Gewissenhaftigkeit und Fleiß besitzen, die sich zutrauen, selbst eine Existenz zu gründen. Der Mittelstand ist heute weiter nichts als ein gehobener Arbeiterstand oder Angestelltenstand, und diese Kreise wollen wir nicht einfach untergehen lassen, wie es bei Ihnen den Anschein hat. Diese Kreise zu erhalten ist eine Notwendigkeit. Bitte, sorgen Sie dafür und gehen Sie mit uns einig, daß wir diesem Teile des Volkes das Leben lebenswert gestalten, wie es jeder selbst wünscht.

(Bravo!)

**Präsident:** Das Wort hat Herr Abgeordneter Blüher.

**Abgeordneter Blüher:** Meine Herren! Ich werde bei der vorgerückten Zeit mich gleichfalls kurz fassen. Mit Herrn Fleißner werden wir über die Handwerkerfrage und die Fragen des gewerblichen Mittelstandes (B) nie einig werden. Ich muß es zurückweisen, wenn er beim gewerblichen Mittelstande auch die Landwirte und die Gärtner mit eingerechnet hat. Es gehört zu den einfachsten Begriffen der Volkswirtschaft, daß die Landwirtschaft nicht zum Gewerbe gehört.

Wenn Herr Abgeordneter Castan und Herr Ministerialdirektor Dr. Dehne die Frage des gewerblichen Mittelstandes vom Standpunkte der Sozialisierung aus betrachtet haben, so kann ich mich damit nicht ganz einverstanden erklären, und ich unterschreibe das, was der Herr Staatssekretär Koeth im Wirtschaftsausschuß in Weimar gesagt hat. Er hat gesagt, man solle weniger nach neuen Wirtschaftsformen suchen, als zunächst unter Einsetzung der Autorität der Regierung die Ordnung wiederherstellen.

(Sehr richtig!)

Das ist für uns notwendiger. Wenn, wie ich aus den Beratungen der Sozialisierungskommission weiß, man daran denkt, z. B. das Bäckergewerbe zu verstaatlichen oder zu sozialisieren, so meine ich, übersieht man — was auch die übersehen, die meinen, das Handwerk wäre eine überlebte Betriebsform —, daß man bei der Qualitätsarbeit immer das Handwerk und die individuelle Arbeit brauchen wird und daß, wenn man z. B. auch das Brot

in den Brotfabriken herstellen lassen kann, die Qualitätsware, die Weißware immer den Bäckern vorbehalten muß. (A)

Es ist aber heute nicht die Zeit, sich auf diese grundlegenden Fragen einzulassen, sondern es handelt sich darum: Wir erkennen alle, daß in der gegenwärtigen Zeit der Volkskörper Not leidet. Wie können wir über die gegenwärtigen schweren Zeiten hinweghelfen? Da stimme ich mit dem Herrn Regierungsvertreter darin überein, daß auszugehen ist von der Selbsthilfe. Ich mache darauf aufmerksam: mir liegt vor das Handwerkerprogramm des Ausschusses der sächsischen Handwerker, das stellt sich auf den Standpunkt der Selbsthilfe, weist auf die Wirtschaftsvereinigungen des Handwerks hin und bittet um Unterstützung durch die Regierung. Wir können uns nur auf den Standpunkt dieses Ausschusses stellen.

Wenn wir fragen: Wie können wir helfen? so ist bereits auf die Darlehnsaktion, die wir vom Landtage her kennen, ausgiebig hingewiesen worden. Wenn es der Herr Regierungsvertreter abgelehnt hat, die Bürgschaft der Gemeinden auszusprechen, so stimmen wir darin überein; es wird nicht ganz möglich sein. Es wird sich aber fragen, ob man daran festhalten muß, daß die Gemeinden zwei Drittel der Bürgschaft übernehmen. Wir hätten in der Ersten Kammer beinahe die Herabsetzung der Bürgschaft auf die Hälfte durchgebracht. Die großen Gemeinden werden darüber hinwegkommen, die kleineren (D) ober werden sich an den zwei Dritteln stoßen, und ich möchte bitten, daß es sich die Regierung nochmals überlegt bis zu dem Zeitpunkte, wo die Interpellation Nr. 17, die heute hätte erledigt werden können, noch einmal Gelegenheit geben wird, die ganze Frage durchzusprechen, ob man nicht auf die Hälfte der Bürgschaft zukommen und die Summe von 2500 M. erhöhen kann. Was die 2500 M. seinerzeit bedeuteten, bedeuten sie bei dem heutigen Geldwerte nicht mehr. Man wird wohl, wie wir aus der Praxis wissen, darauf zukommen müssen, den Betrag etwas zu steigern.

In besonderer Weise wird man dem Handwerke helfen, wenn man die Ausbildungsmöglichkeit unterstützt. Das Ministerium des Innern hat — oder wenn das Gewerbeministerium zuständig ist, dieses — für die gewerblichen Fachschulen besonders die Hand anzulegen. Man wird ferner mehr als bisher die Berufsberatung und die Lehrstellenvermittlung durch Rat und Tat fördern müssen. In dieser Hinsicht könnte sich das Wirtschaftsministerium Dank erwerben, wenn es mit Staatsbeihilfen vorgehen würde.

Ich möchte noch auf einige Wünsche, die mir zuge tragen sind, hinweisen. Mir ist mitgeteilt worden, daß die Demobilmachungsausschüsse eine zwar eifrige, aber